Bezugspreis: Halbmonatl. in Neuenbürg 75 Goldpfg. Durch die Post im Orts- u. Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. 75 G.-Pf. m. Postbestellgeb. Preise freibleib., Nacherhebung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpfg.

In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.

Giro-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einsp. Petitzeile oder deren Raum im Bezirk 15, außerh. 20 Goldpfg., Rekl.-Zeile 50 Goldpfg. m. Inf.-Steuer. Kollekt.-Anzeigen 100%, Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 Goldpfg. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Fernsprecher Nr. 4. Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 226. | Neuenbürg, Donnerstag, den 25. September 1924 | 82. Jahrgang.

Deutschland.

München, 24. Sept. Wie aus bayerischen Parlamentskreisen verlautet, sollen die völkischen Abgeordneten Streicher und Wiesenbacher, die sich schon seit längerer Zeit in Differenzen mit der völkischen Fraktion befinden, nunmehr endgültig aus dieser ausgeschieden sein.

München, 23. Sept. Der Vorfall am 14. Mai 1922 auf dem Münchener Bahnhofsplatz, wo die aufgezogene schwarz-rot-goldene Fahne von mehreren Personen nachts heruntergeholt, mit Petroleum begossen und verbrannt worden war, beschäftigte gestern das Schöffengericht, vor dem drei Personen wegen Sachbeschädigung, Körperverletzung und Begünstigung sich zu verantworten hatten. Das Gericht kam bei allen zu einem freisprechenden Urteil, da es zu der Ueberzeugung gelangte, daß die Täterschaft der Angeklagten nicht genau nachgewiesen sei.

München, 24. Sept. Das Landgericht München beschloß, den Oberleutnant Max Brann, gegen den im Hitlerprozeß die Eröffnung der Voruntersuchung wegen Vergehens des fahrlässigen Falscheids angeordnet war, außer Verfolgung zu setzen.

Kassel, 24. Sept. Die Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich in vertraulicher Sitzung erneut mit dem Abbau des Oberbürgermeisters Scheidemann und des Stadtrats Rosenstock, sowie mit der Beanstandung des letzten Abbaubeschlusses durch den Magistrat. In einem von der Rechten eingebrachten und zum Beschluß erhobenen Antrag erklärt die Stadtverordnetenversammlung die Beanstandung in sachlicher und formaler Beziehung für unzulässig und behält sich alle Rechte vor. Zum Vertreter der Stadtverordnetenversammlung, der laut § 292 der Städteordnung die Rechtsmittel in Anwendung bringen soll, wurde der deutschnationale Parteisekretär und Stadtverordnete Steuer bestimmt.

Berlin, 24. Sept. Wie das „Berliner Tageblatt" mitteilt, soll vor wenigen Tagen in Berlin eine geheime Parteiführerkonferenz der Deutschnationalen Volkspartei stattgefunden haben, die sich namentlich mit der Führerfrage befaßte. Man soll sich schließlich auf die Kandidatur von Oayl-Ostpreußen geeinigt haben, der dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat angehört. von Gayl gilt als Vertreter etwa der Mitte der Deutschnationalen Volkspartei. Es verlautet aber, daß die Anhänger Dr. Hergts nicht gewillt sind, diesen kampflos zu opfern.

Wie die Franzosen das Londoner Abkommen durchführen.

In Trier fand am 20. September eine Besprechung des Vertreters des Oberbürgermeisters und eines Beigeordneten bei dem französischen General Laignelot statt. Der General erklärte, daß sämtliche Wohnungen von Ausgewiesenen durch das Militär beschlagnahmt würden, und zwar werde der schriftliche Befehl zur Beschlagnahme am Montag herauskommen; die Wohnungen seien vorgesehen für die zurückflutenden Truppen und die Inanspruchnahme könne einige Monate dauern. Wie sich dann die Lage gestalte, hänge davon ab, inwieweit die Garnison von Trier erhöht werde.

Wie die Vandalen!

Im sogenannten Augustinerhof in Trier, einem Gebäude, das der Reichsbahndirektion Trier bis zur Fertigstellung ihres neuen Verwaltungsgebäudes seitens der Stadt Trier zur Verfügung gestellt war, waren schon längere Zeit vor Ausbruch des passiven Widerstandes die gesamten Haushaltungen mehrerer nach Trier versetzter höherer und mittlerer Eisenbahnbeamten, die bei dem in Trier herrschenden Wohnungsmangel nicht sofort hatten Unterkunft finden können, auf dem Bodenraum untergebracht. Wie alle öffentlichen Gebäude, wurde im Januar 1923 auch der Augustinerhof von französischem Militär besetzt. Bald darauf wurde bekannt, daß seitens der Besatzungstruppen Möbelstücke aus dem Augustinerhof abtransportiert worden waren. Eine Feststellung, um welche Gegenstände es sich handelte, ob insbesondere um das Privateigentum der inzwischen ausgewiesenen Beamten, war nicht möglich, da die aufgestellten französischen Posten das Gebäude „bewachten" und jeden Zutritt verhinderten. Erst jetzt ist es gelungen, in dieser Beziehung einwandfreie Kunde zu erlangen, nachdem die französische Behörde sich endlich dazu verstanden hat, dem Besatzungsamt zwecks Uebernahme der Ausstattungen den Zutritt zu den Unterbringungsräumen zu gestatten. Der Anblick, der sich den deutschen Beamten bot, war geradezu grauenhaft. Die meisten Möbelstücke waren gestohlen, ebenso das ganze Silbergerät und die sonstigen Schmuckgegenstände, die Wäsche, wertvolle Bücherbestände und Sammlungen. Soweit noch Schränke usw. sich vorfanden, waren alle Behältnisse gewaltsam mit Brechwerkzeugen geöffnet, die Schubladen herausgerissen, der Inhalt entwendet oder in besudeltem Zustande auf dem Boden zerstreut. Das Porzellan, Kristall, Glas usw., soweit es nicht gleichfalls fortgeführt war, lag auf einem großen Scherbenhaufen zusammen. Familienbilder und sonstige Erinnerungen wurden in einer benachbarten Dungstätte aufgefunden. Kurz, es war einfach vandalisch gehaust worden. Der französische Hausverwalter vom Augustinerhof hat nun bekundet, daß eines Tages eine Horde Kerle, unter denen sich auch zahlreiche französische Soldaten befunden hätten, mit Aexten und Beilen angerückt sei und diesen Raubzug auf deutsches Privateigentum unter dem glorreichen Schutze der französischen Posten unternommen hätten. Dies alles trug sich zu im Jahre des Friedens 1923. Wie lange soll das rheinische Volk noch wehrlos solchen Räuberbanden preisgegeben sein. Es möchte scheinen, als ob solches Treiben, ungestraft, ja unter den wohlwollenden Augen dertierter Franzosen unternommen, uns hindern müßte, mit solchen Bestien an einem Tisch beim Völkerbund zu sitzen. Wir müssen uns trotz unserer trostlos betrübten Lage wirklich zu gut dafür sein! Ein Zusammensitzen mit diesem Frankreich wäre wahrlich keine Ehre, aber eine . . . Schmach!

Keine deutsche Note in der Kriegsschuldfrage.

Berlin, 24. Sept. Zu dem Schritt, den die Reichsregierung nach dem gestrigen Kabinettsbeschluß bei den im Völkerbund vertretenen Mächten unternehmen wird, wünscht sie, wie die „Expreß-Korrespondenz" meldet, vor dem formellen Antrag zur Aufnahme in erster Linie die Klärung der Frage, ob die zehn im Völkerbundsrat vertretenen Staaten in dem deutschen Antrag nicht eine Anerkennung der im Versailler Vertrag festgelegten Alleinschuld Deutschlands erblicken. In gleicher Weise ist der Reichsregierung daran gelegen, daß Deutschland im Völkerbundsrat und Völkerbundssekretariat einen ständigen Sitz erhält und daß Deutschland, da es bereits vollkommen abgerüstet hat, von der Völkerbundsexekutive entbunden wird. Die deutsche Regierung wünscht ferner die Stellung der Mächte zur Frage der Ruhrbesetzung zu klären. Sie betrachtet es als wünschenswert, daß auch die übrigen dem Völkerbund nicht angehörenden Staaten zum Eintritt aufgefordert werden. Von der Stellungnahme der zehn im Rat vertretenen Staaten zu diesen Fragen wird es abhängen, ob die deutsche Regierung noch in dieser Session den Antrag auf Aufnahme stellen wird. Die Ratifizierung der Schuldfrage wird vom Ministerrat damit als erledigt betrachtet.

Der Beschluß des gestrigen Kabinettsrats findet im allgemeinen in der Presse eine günstige Aufnahme.

Tagung der deutschen Auslandshandelskammern.

Berlin, 24. Sept. Auf dem gestrigen Begrüßungsabend im Hotel Esplanade gab der Präsident des deutschen Industrie- und Handelstages, Franz von Mendelssohn, in seinen Begrüßungsworten an die Erschienenen seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Vertreter der deutschen Handelskammern im Auslande dem Rufe des deutschen Industrie- und Handelstages von nah und fern gefolgt seien. Besonders begrüßte er den Reichspräsidenten und sagte weiter, vieles sei anders geworden im Laufe der letzten 10 Jahre. Geblieben aber sei bei den Auslandsdeutschen wie beim deutschen Volke selbst die Anhänglichkeit an das deutsche Volk. Nach einem Hinweis auf die Notwendigkeit engster Zusammenarbeit zwischen Auslandsdeutschtum und heimischer Wirtschaft schloß der Präsident: Lassen Sie uns den schweren Aufgaben der Zukunft entgegensehen mit dem Wahlspruch: Deutschland erwartet, daß jedermann seine Pflicht tut. — Danach ergriff der Reichspräsident das Wort zu folgenden Ausführungen: Ich begrüße es aufrichtig, daß der deutsche Industrie- und Handelstag die Vereinigungen, die sich die Auslandsdeutschen zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen geschaffen haben, zu seiner Tagung in der Heimat lud. Namens des deutschen Reiches, namens des deutschen Volkes heiße auch ich Sie in der Heimat von Herzen willkommen. Das deutsche Volk dankt es Ihnen, daß Sie auch aus fernen Weltteilen erschienen sind, um mit der Heimat in dieser für Deutschlands Zukunft Richtung gebenden Zeit über die schweren Aufgaben zu beraten, die von dem deutschen Volke zu lösen sein werden. Ihr Erscheinen verkörpert das starke Gefühl der Zusammengehörigkeit. Das deutsche Volk dankt Ihnen aber auch für alles, was Sie draußen als Pioniere und Mittler für die deutsche Heimat getan und geleistet haben. Jeder Deutsche, der im Ausland wirkt, möge auch die Verpflichtung gegen sein Volk in sich fühlen, durch seine Handlungen Zeugnis davon abzulegen, daß das heutige Deutschland trotz seiner Not mit Recht Anspruch auf Vertrauen erhebt. Im Bewußtsein dieser Pflicht werden die Deutschen im Auslande ihrem schwer ringenden Volke am besten dienen. Dieses Vertrauen im Auslande, wie das gegenseitige Verstehen der Auslandsdeutschen und der Heimat sind erforderlich, um die harten Notwendigkeiten zu ertragen und die schwere Arbeit zu erleichtern, die erforderlich ist, um die in dem Londoner Abkommen übernommenen schweren Verpflichtungen zu erfüllen. Die Erfüllung dieser Pflichten aber setzt voraus, daß Deutschland wieder wie früher an der Weltwirtschaft teilnimmt. Unter den Kräften, die in dieser Richtung wirken und die wirtschaftliche Weltbefriedung anstreben, sind die Auslandshandelskammern zu wichtiger Mitarbeit berufen. Sie werden die wirtschaftlichen Auslandsbeziehungen ausbauen helfen und dazu beitragen, daß der Gedanke weltwirtschaftlicher Zusammengehörigkeit und Gleichberechtigung aller Völker vertieft und nutzbringend für alle gestaltet wird. Möge die Tagung reich sein an Anregungen und Gewinn zum Besten aller Deutschen drinnen und draußen, zum Besten der Zukunft des Vaterlandes. Mit diesem Wunsche heiße ich Sie nochmals herzlichst willkommen in der Heimat. — Auch Reichsaußenminister Dr. Stresemann hielt auf dem Begrüßungsabend eine Rede, in der er sagte: In diesem Kreise ist es nicht nötig, auf die Bedeutung der Außenhandelskammern hinzuweisen. Bedeutsam sind die wirtschaftlichen Momente ihrer Tätigkeit, bedeutsamer noch ihre nationale Bedeutung. Der Krieg hat viele Tausende von Deutschen im Auslande dadurch um Hab und Gut gebracht, daß entgegen dem, was bis dahin als rechtens galt, ihr Privateigentum ihnen genommen wurde. Es ist infolge des Zusammenbruchs unserer Währung leider bisher nicht gelungen, für die dadurch erlittenen Verluste einen Ausgleich zu schaffen. Bemühungen, das, was noch übrig ist, ihnen zu erhalten und die Entschädigung für das Verlorene zu erhöhen sind im Gange. Ihr Erfolg hängt leider nicht von uns, sondern von unseren Gegnern ab. Seien Sie jedenfalls versichert, daß daran von allen berufenen Stellen mit größtem Nachdruck gearbeitet wird. Wenn die Reichsregierung den Londoner Abmachungen zustimmte, so tat sie dies vor allem, um feste Verhältnisse für die deutsche wirtschaftliche und industrielle Situation zu schaffen. Nichts hat uns mehr geschadet, nichts hat die Initiative des Kaufmanns mehr zurückgedrängt als die Unsicherheit unserer wirtschaftlichen Verhältnisse. Größer als je gefürchtet sind die Lasten, die uns auferlegt sind. Nur der Glaube an Deutschlands Zukunft läßt uns diese Lasten tragen und uns hoffen, daß wir die Arbeitskraft finden, die zum Wiederaufbau notwendig ist. Dazu ist die nationale und die ideelle Hilfe des Auslandsdeutschtums notwendig. Das Wort des Großen Kurfürsten: „Sei stolz, daß du ein Deutscher bist", gilt gerade jetzt für das Auslandsdeutschtum. Dem Ausland gegenüber darf es nur ein Deutschland geben. — Der Rede des Außenministers folgte der Gesang des Deutschlandliedes.

Ausland.

Wien, 23. Sept. Im 71. Lebensjahr ist gestern in seiner Wiener Wohnung der österr.-ungarische Feldmarschall Baron Hermann Koeveß von Koeveßhaza, der Eroberer von Iwangorod und Belgrad, an Gehirnschlag gestorben. Sein Leichnam wird nach Pest überführt und dort mit militärischen Ehren bestattet werden. An der Spitze des 12. Korps focht Koeveß im Weltkrieg erst auf dem nördlichen Kriegsschauplatz, nahm 4. August 1915 als Führer einer Armeegruppe unter Woyrsch Iwangorod, übernahm dann die rechte Flügelarmee in Serbien, die schließlich bis in das südliche Albanien vordrang. An der Maioffensive von 1916 gegen Italien hatte Koeveß den Hauptanteil. An der Spitze der 7. Armee focht er bis August 1917 in den Karpathen, dann wieder in Italien. Zuletzt hatte er den Oberbefehl in Serbien und Ungarn.

Genf, 24. Sept. Nansen verneinte in einer Unterredung mit Jules Sauerwein, daß für Deutschlands Haltung in der Völkerbundsfrage russische Einflüsse mitbestimmend seien.

Degouttes Abberufung dementiert.

Die Pariser Meldung von dem bevorstehenden Rücktritt des Generals Degoutte und der Ernennung General Targes zu seinem Nachfolger wird von den zuständigen Stellen in Düsseldorf als unrichtig oder zum mindesten verfrüht bezeichnet. Die Düsseldorfer Villa Degouttes ist allerdings vor einigen Tagen geräumt worden. Es ist möglich, daß aus dieser Tatsache die Meldung von seinem Rücktritt stammt. General Degoutte amtiert nach wie vor in Mainz.

Macdonald lehnt eine Unterredung mit den Bergarbeitervertretern ab.

London, 24. Sept. Die Bergarbeiter, welche über die Auswirkung der Lieferung deutscher Reparationskohle auf die englischen Kohlenpreise und die Arbeiterlöhne beunruhigt waren und deshalb den Ministerpräsidenten vor mehreren Wochen um eine Unterredung gebeten hatten, haben von Macdonald die Antwort erhalten, daß es ihm im gegenwärtigen Augenblick unmöglich sei, die gewünschte Unterredung zu gewähren.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg. (Gemeinderatssitzung am 23. Sept.) Die bei der Wiederherstellung bzw. zu dem Neubau an der Turnhalle nötigen Arbeiten werden übertragen zu Angebotspreisen: Die Ausbruch- und Zimmerarbeiten dem P. König und Friedrich Bischoff hier, die Grab-, Beton- und Maurerarbeiten dem Maurermeister Waidner hier, die Schmiedearbeiten dem Schmiedmeister Kraus hier, die Flaschnerarbeiten den hiesigen Flaschnermeistern gemeinschaftlich, die Schreinerarbeiten dem Schreinermeister Ferenbach hier, die Gipserarbeiten dem Gipsermeister Kölle hier, die Glaserarbeiten dem Glasermeister Krauß hier, die Schlosserarbeiten dem Schlossermeister Döfinger hier, die Malerarbeiten dem Malermeister Mann hier.

Für den auf der Ziegelhütte zu erstellenden Feuerwehrgeräteschuppen werden zu Angebotspreisen übertragen: die Maurerarbeiten dem Maurermeister Waidner hier, die Zimmerarbeiten dem Zimmermeister König hier.

Die Beifuhr des in nächster Zeit eintreffenden Straßenschotters erhält Fuhrmann Robert Gegenheimer zugeschlagen.

In der Beschwerde der Güterbesitzer vom Reutweg wegen Wasserableitung wird über das Ergebnis des Augenscheins durch die bestellte Kommission verhandelt und vom Gemeinderat beschlossen, den früheren Zustand wieder herstellen zu lassen und in dem unteren Teil des Reutwegs das anfallende Regenwasser auf der Bergseite abzuführen.

Nachdem der Unterschiedsbetrag zwischen dem Preis für gewöhnliche Sessel und demjenigen für Polstersessel durch freiwillige Beiträge garantiert ist und hierdurch die Stadtkasse nicht belastet wird, entschließt sich der Gemeinderat zur Anschaffung von 20 einfachen Polstersesseln für den Sitzungssaal.

Der städt. Dörrofen, jedoch ohne Fahrgestell, wird an Christian Mayer, Bäckermeister, um 60 Mark veräußert unter der Bedingung, daß der Ofen der Einwohnerschaft zur Dörrzeit gegen mäßige Entschädigung zur Verfügung gestellt wird. Der Erlös fließt in die Stiftung Kriegerdank. Nachdem noch eine Anzahl kleinerer Angelegenheiten erledigt, wurde die Sitzung nach 10 Uhr geschlossen. K.

Neuenbürg, 24. Sept. In Anwesenheit von Oberpostmeister Stierlen beriet am Dienstag im Rathaus in Dobel Vorstand und Aufsichtsrat der Kraftwagen-Gesellschaft Neuenbürg—Herrenalb—Wildbad den ab 1. Oktober in Kraft tretenden Winter-Fahrplan, der heuer eine erfreuliche Erweiterung mit sich bringt, insofern die Strecke Dobel auf wiederholtes Drängen unter beidseitigen Opfern und unter Berücksichtigung des Fremden- und Fernverkehrs in den Verkehr einbezogen wird durch eine Früh- und Abendverbindung und weitere Fahrten Sonntags und Mittwochs. Die täglichen und Sonntagsfahrten zwischen Neuenbürg und Herrenalb werden den ganzen Winter hindurch ausgeführt und werden nicht, wie im Inflationsjahr 1923, in der Winterzeit teilweise eingestellt. Dasselbe gilt von der Strecke Wildbad—Enzklösterle, wo richtig gelegte Fahrten sowohl der Verbindung mit Wildbad wie dem Verkehr talaus im Anschluß an die Fernzüge dienen. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die demnächst erscheinenden Fahrpläne. Bezüglich der Fahrpreise soll der bisherige 15-Pfennig-Kilometertarif beibehalten werden, wobei Einverständnis darüber

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

herrschte, daß die Leitung zu notwendigen Aenderungen berechtigt sein sollte. Hinsichtlich des Vertrages mit der Postverwaltung wurde seitens deren Vertreter jedwede Unterstützung, soweit im Rahmen des Möglichen, zugesagt. Man war sich bei den Beratungen bewußt, daß mit Einbeziehung Dobels in den Winterverkehr die Gesellschaft finanzielle Opfer bringe, andererseits war man davon durchdrungen, daß eine gewisse Berechtigung für Dobel bestehe, nicht ganz aus dem täglichen und Fernverkehr namentlich auch in bezug auf den Fremdenverkehr ausgeschaltet zu sein. Es darf erwartet werden, daß die finanziellen Opfer, welche damit gebracht werden, überall verständnisvolle Würdigung finden.

Neuenbürg, 25. Sept. (30 Jahre Feuerwehrkapelle.) Die Feuerwehrkapelle kann in diesem Jahre auf 30 Jahre ihres Bestehens zurückblicken. Zwar bestand schon Ausgangs der 70er Jahre eine Feuerwehrmusik, diese ging aber anfangs der 80er Jahre ein. Ein Maler namens Bantleon gab den ersten Anstoß, die Musik wieder ins Leben zu rufen. Er scharte um sich musikfreudige Männer, die heute noch zum Teil am Leben sind. Wir nennen von ihnen Wilhelm Seeger, Josef Koch, Karl Wentsch, Friedrich Schmid, Fritz Schumacher, Wilhelm Buchter von Arnbach, Oskar Schroth, Adam Molitor. Wie überall in solchen Dingen, so war auch hier der Anfang schwer. Instrumente und Musikalien fehlten wie das Geld. Die Vorgenannten ließen sich aber dadurch nicht abschrecken; sie wandten sich an die Feuerwehr mit einem Gesuch um Unterstützung und hatten damit Erfolg. Die Instrumente wurden beschafft mit Geldern, welche den Musikern leihweise zur Verfügung gestellt und von diesen aus eigener Kraft und Opferwilligkeit nach und nach zurückbezahlt wurden. In Oberamtsbaumeister Link, dem damaligen Kommandanten der Feuerwehr, hatte die Kapelle einen eifrigen Förderer; auch die späteren Kommandanten Vogt und Ferenbach ließen es sich angelegen sein, der Musik jede mögliche Unterstützung angedeihen zu lassen. Die Dirigentenfrage bereitete hin und wieder Schwierigkeiten. Ein Pforzheimer namens Korn leitete die ersten Proben, von weiteren Dirigenten sind zu nennen Leuwin und Sammler, ebenfalls aus Pforzheim, Wohlgemuth von Liebenzell. 1900 ergriff Heinrich Schäfer, ein tüchtiger Militärmusiker, der damals zur Entlassung kam, den Dirigentenstab. Unter seiner Leitung, bis 1922, machte die Musik erfreuliche Fortschritte, wobei die Mitglieder mancherlei Opfer an Zeit und Geld brachten. Seit 1922 ist Max Eitel von Calmbach musikalischer Leiter, der im Verein mit den Mitgliedern der Kapelle mit Eifer und Hingebung bemüht ist, die musikalischen Leistungen der Kapelle mehr und mehr zu vervollkommnen. Der kommende Sonntag ist zu einer würdigen Feier bestimmt. Morgens sollen die früheren Mitglieder der Kapelle durch ein Ständchen geehrt werden. Von 10.30 bis 11.30 ist Konzert auf dem Marktplatz, nachmittags 2.30 Konzert im „Bären", dazu bestimmt, der Kapelle die zu ihrem Ausbau erforderlichen finanziellen Mittel zuzuführen. Den Schluß bildet abends eine gesellige Unterhaltung. Indem wir namens der Einwohnerschaft der Kapelle zu ihrem Jubiläum die besten Wünsche für ihre weitere Entwicklung darbringen, geben wir der Hoffnung Ausdruck, daß der Opfersinn der Einwohnerschaft dazu beitragen möge, der Kapelle in ihrem Bestreben, die Musik weiterhin zu pflegen und Erstklassiges zu bieten, tatkräftig zu unterstützen.

Neuenbürg, 25. Sept. Das Amerika-Luftschiff ist, nachdem es in Friedrichshafen kurz nach 10 Uhr abfuhr, um ½12 Uhr über unsere Gegend geflogen und konnte auf dem Münster, wo nur wenige Glückliche sich befanden, etwa 1½ Minuten in majestätischer Fahrt in Richtung Pforzheim gesehen werden.

(Wetterbericht.) Von Irland drückt eine Depression vor, unter deren Einwirkung für Freitag und Samstag vielfach bedecktes und auch zu Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten ist.

Württemberg.

Nagold, 24. Sept. (Nutzbarmachung der Wasserkraft.) Die Firma Gebr. Theurer beabsichtigt, die zwischen Ebhausen und Bahnhof Berneck gelegene Monhardter Wasserstufe zur Erzeugung elektrischer Kraft nutzbar zu machen. Die Nagold soll aus diesem Grunde durch eine Wehranlage 92 Zentimeter höher als früher gestaut werden, wodurch ein Staubecken von 50 000 Cbm. Inhalt geschaffen wird. Das Wasser wird alsdann durch einen noch zu erstellenden Kanal dem Kraftwerk zugeführt werden, bei dem außerdem noch ein Staubecken mit 25 000 Cbm. Inhalt errichtet werden soll.

Oberst Frhr. von Lützow †. Oberst Alfred von Lützow, welcher am 13. September überraschend schnell infolge der Anstrengungen des Kriegs einem Herzschlag erlegen ist, entstammt einem alten mecklenburgischen Geschlecht. Er ist geboren 1868 als der Sohn des Hauptmanns Frhr. von Lützow, welcher als Kompagniechef der 2. Kompagnie des 1. Württ. Inf.-Regts. Königin Olga am 2. Dezember 1870 bei Champigny den Heldentod gefunden hat. Oberst von Lützow ist 1885 als Fahnenjunker in das Gren.-Regt. Königin Olga eingetreten, in dem er wie sein Vater den größten Teil seiner militärischen Dienstlaufbahn als Leutnant und Hauptmann verbrachte und dessen Uniform ihm auch verliehen wurde, als er 1919 endgültig in den Ruhestand trat. 1901—1908 war er Kompagniechef der 10. Komp. des Inf.-Regt. Kaiser Friedrich Nr. 125. 1911 kam er als Major zum Inf.-Regt. 180, 1913 als Bataillonskommandeur zum Inf.-Regt. Alt-Württemberg. Kurz vor dem Krieg wurde er zur Disposition gestellt und zum Bezirksoffizier in Hall ernannt. Als der Krieg ausbrach, stellte sich von Lützow freudig wieder zur Verfügung. Er wurde verwendet zuerst als Bataillons-Komm. im Res.-Inf.-Regt. 248, in welchem er 1914 an den schweren Kämpfen der 54. Res.-Div. vor Ypern teilnahm. Im Jahre 1915 trat er als Batl.-Komm. zu dem damals neugeb. Res.-Inf.-Regt. 122 über, in welchem er 1915 die Herbstschlacht in der Champagne im Rahmen der 183. Inf.-Brig. mitmachte. Im Oktober 1915 zum Kommandeur des Landwehr-Inf.-Regt. 122 ernannt, kämpfte er mit diesem zuerst in Lothringen bei Chateau Salins, dann im Verband der 2. Landwehrdivision Franke ruhmvoll vor Verdun. Anfang 1918 kehrte er in die Heimat zurück, um die Stelle des Bezirkskommandeurs in Ludwigsburg zu übernehmen. Oberst Frhr. von Lützow war ein vornehmer ritterlicher Offizier des alten Heeres, der im Frieden und Krieg in den verschiedensten Stellungen seinem König und Vaterland treue Dienste geleistet hat. Er hinterläßt zwei Söhne und eine Tochter.

Cannstatt, 24. Sept. (Jubiläum der Nachrichtentruppe.) Die 25jährige Wiederkehr des Gründungstages der Nachrichtentruppe begeht der Nachfolgetruppenteil, die 5. Nachrichten-Abteilung, am 4. und 5. Oktober hier mit einem großangelegten Fest, verbunden mit Konzert, Truppenschau, sportlichen und reiterlichen Vorführungen. Alle ehemaligen Telegraphisten, Fernsprecher, Funker, Blinker und Fahrer sind herzlichst eingeladen. Anmeldungen an Kamerad Binder, Stuttgart, Senefelderstraße 83 für Quartiere und Essen. Einzeleinladungen erfolgen nicht.

Feuerbach, 24. Sept. (Betriebsunfall.) In einem hiesigen Metallwerk fiel ein Gegenstand auf die Einschaltung des Dampfhammers, der sich vorzeitig in Bewegung setzte und eine Eisenstange so unglücklich in die Höhe schlug, daß sie einem Arbeiter in den Unterleib drang. Dieser starb nach kurzer Zeit.

Maulbronn, 24. Sept. (Vereinigung zweier Gemeinden.) Durch Verfügung des Ministeriums des Innern ist die Vereinigung der Gemeinden Schönenberg und Oetisheim, OA. Maulbronn, zu einer Gemeinde mit dem Namen Oetisheim mit Wirkung vom 1. Oktober ab genehmigt worden.

Geislingen a. St., 24. Sept. (Besitzwechsel.) Das Bahnhofhotel wurde um 180000 Goldmark an einen Liebhaber von Aalen verkauft.

Ulm, 24. Sept. (Unfall auf der Donau.) Die Kiesbaggermaschine der Firma Käßbohrer, die zurzeit beim Familienbad arbeitet, ist gesunken. Die Seilkrone, mit deren Hilfe die beladenen Kähne ans Ufer gebracht werden, hatte sich gelöst; gleichzeitig waren mehrere Planken losgerissen worden. Infolgedessen drang das Wasser ein, sodaß der Bagger innerhalb weniger Minuten unterging. Die Bedienungsmannschaft konnte sich rechtzeitig auf das Dach retten und fuhr dann mit einer Jille ans Land. Die Bergungsarbeiten werden wohl mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Sinningen, OA. Laupheim, 24. Sept. (Brand.) Bei dem Brand des Wohn- und Oekonomiegebäudes des Bauern Franz Adler hier ist das neue Scheuer- und Stallgebäude vollständig zerstört worden. Das Wohnhaus konnte gerettet werden. Die Entstehungsursache ist noch nicht bestimmt ermittelt.

Friedrichshafen, 24. Sept. (Die Zeppelinfahrt.) Die Verschiebung der auf heute Mittwoch angekündigten Deutschlandfahrt des Z. R. 3 scheint da und dort zu Mißdeutungen Anlaß zu geben. Technische Erwägungen spielen hierbei keine Rolle. Man hat sich jedoch gesagt, daß es keinen Sinn hätte, wenn das Luftschiff seinen Weg unsichtbar über den Wolken nehme, da doch der Zweck dieser Abschiedsfahrt ist, das Fahrzeug noch einmal den deutschen Gauen vor Augen zu führen. Man will daher unbedingt den Eintritt einigermaßen klarer Witterung abwarten. Ganz bestimmt hofft man, noch in dieser Woche die Deutschlandfahrt antreten zu können. — In Friedrichshafen herrscht zurzeit reges Leben. Im Laufe des gestrigen Tages sind zahlreiche Fremde eingetroffen, die die Abfahrt des R. Z. 3 mit ansehen wollen. Sie müssen sich ebenso wie die zahlreich erschienenen Pressevertreter zunächst in Geduld fassen und warten.

Friedrichshafen, 24. Sept. (Ein Abtreibungsprozeß.) Die Untersuchung gegen den Lokomotivführer a. D. Häußler von hier wegen gewerbsmäßiger Abtreibung ist abgeschlossen. Der Termin vor dem Schöffengericht Ravensburg ist auf 15. Oktober anberaumt worden. In der Sache sind 28 Frauen und Mädchen aus Friedrichshafen und dem ganzen Oberland verwickelt. In einigen Fällen ist Einstellung des Untersuchungsverfahrens erfolgt. Häußler ist bereits einmal wegen Abtreibung vorbestraft. Seit anfang Mai befindet er sich in Untersuchungshaft.

Mäckmühl, 24. Sept. (Autounfall.) Baron Götz von Berlichingen aus Jagsthausen fuhr mit Gästen in Richtung Osterburken, übersah die gefährliche Kurve in der Nähe des Friedhofs und fuhr über die 1½ Meter hohe Straßenböschung hinunter. Dabei überschlug sich das Auto. Von den 5 Insassen erlitt ein Herr und eine Dame ernstliche Verletzungen. Die beiden Ortsärzte brachten sofort ärztliche Hilfe, die Verunglückten, ein Ehepaar, dessen Schloßbesitz in der Nähe Buchens i. B. sich befindet, wurden noch in der Nacht ins Krankenhaus gebracht.

Wege der Wohnungsbeschaffung.

Der Verband der gemeinnützigen Bauvereine Württembergs e. V., dessen Mitglieder gegen 10 000 Wohnungen erstellt haben, hatte auf den 20. September in den Charlottenhof nach Stuttgart eine Vertreterkonferenz einberufen. Ueber 50 Bauvereine und Gemeinden hatten Vertreter entsandt. Der geräumige Saal war dicht besetzt. Der Vorsitzende des Vorstands, Baurat Daser, gab einleitend einen kurzen Geschäftsbericht. Der Landesversicherungsanstalt Württemberg, die durch Präsident Biesenberger vertreten war, sprach er den Dank des Verbandes für ihre weitgehende Unterstützung, besonders in Sachen der Revision aus, und gedachte der Gründung der Wohnungskreditanstalt als des für den Wohnungsbau wichtigsten Ereignisses, sowie der Gründung des Hauptverbandes deutscher Baugenossenschaften, dem auch der württembergische Verband beigetreten sei. Im Mittelpunkt der Tagung stand der eingehende Vortrag des Verbandsrevisors Obersekretär Krauß, über die Aufstellung der Goldmarkbilanz. An der Hand von „Richtlinien der Goldbilanzen der Baugenossenschaften", die gedruckt vorlagen und unter die Anwesenden verteilt wurden, besprach der Redner die einzelnen Konten der Bilanz und gab Beispiele für ihre Bewertung. Immer wieder klang durch seine Ausführungen die Warnung vor zu hoher Bewertung, da die Goldmarkeröffnungsbilanz die Grundlage für alle folgenden Bilanzen bilde und den Baugenossenschaften zunächst keine erfreulichen Zeiten bevorstehen. An den Vortrag schloß sich eine lebhafte Aussprache an.

Als dritter Redner behandelte der zweite Vorsitzende des Vorstands, Gemeinderat Joos, Kornwestheim, die Frage der Geldbeschaffung für den Wohnungsneubau. Er führte dabei aus, die Wohnungskreditanstalt sei infolge Mangels an Mitteln nicht in der Lage, die den Bauenden zugesagten oder in Aussicht gestellten Darlehen auszubezahlen. Die Finanznot der Anstalt komme seines Wissens hauptsächlich davon her, daß die ihr zugewiesenen Einnahmen ungenügend seien und dieselben, insbesondere die einmalige Arbeitgeberwohnungsabgabe, sowie der Ertrag der Aufwertung der seit 1919 verwilligten Baukostenzuschüsse sehr schlecht eingehen. Es sei daher notwendig, der Regierung und dem Landtag sofort neue Wege zur Geldbeschaffung für den Wohnungsbau zu zeigen, damit die Wohnungskreditanstalt endlich die für ihre Tätigkeit notwendigen Mittel erhalte. Er schlug folgende Entschließung vor, die nach lebhafter Aussprache mit allen gegen zwei Stimmen, welche eine schärfere Fassung der Entschließung wünschten, angenommen wurde:

„Die Erfahrung der letzten fünf Jahre hat sehr deutlich gezeigt, daß der großen Wohnungsnot nur durch den Abbau der Zwangswirtschaft und den Neubau von Wohnungen begegnet werden kann. Beides muß, weil aufs engste zusammenhängend, Hand in Hand gehen. Was den Abbau der Zwangswirtschaft anlangt, so ist derselbe selbstverständlich nicht auf einen Schlag möglich; sein Tempo wird sehr stark davon beeinflußt werden müssen, in welchem Umfang es gelingt, neue Wohnungen zu erstellen. Vor allem ist eine baldmöglichste Anpassung der Mietzinse an die Friedensmiete zu erstreben. Für den Neubau von Wohnungen ist die Beschaffung des Baugeldes zu erträglichen Bedingungen heute das Allerwichtigste. Die neuerrichtete Wohnungskreditanstalt, der diese Aufgabe in Württemberg obliegt, solange der ordentliche Geldmarkt die Mittel zum Wohnungsbau nicht oder in zu geringem Umfang und nicht zu erträglichem Zins zur Verfügung stellt, kann infolge ungenügender Mittel dieser Aufgabe nicht nachkommen. Um dieses Unheil zu verhüten, müssen wir von Regierung und Landtag mit allem Nachdruck verlangen:

1. daß der Wohnungskreditanstalt von der Gebäudeentschuldungssteuer nicht nur 15 Prozent, etwa 2,25 Mill. Mark, sondern deren voller Ertrag mit jährlich etwa 15 Millionen Mark zugewiesen wird; erst damit würde Württemberg einen Betrag für den Wohnungsbau verwenden, der im Verhältnis etwa den Beträgen entsprechen würde, welchen andere deutsche Länder auf Grund der dritten Steuernotverordnung schon längst aus dem Ertrag der Mietzinssteuer (Gebäudeentschuldungssteuer) dem Wohnungsbau zuführen. 2. Daß, wenn wider Erwarten dem mehr als berechtigten Verlangen in Ziffer 1 nicht entsprochen werden sollte, im Falle einer Erhöhung der gegenwärtigen Mietzinse mindestens die Hälfte der Erhöhung zur Kapitalbeschaffung für den Wohungsbau verwendet wird; ihre Erhebung hätte dadurch zu erfolgen, daß gleichzeitig die Gebäudeentschuldungssteuer entsprechend erhöht wird. 3. Daß bei einem Wegfall der Gebäudeentschuldungssteuer, deren Erhebung nach den Bestimmungen der dritten Steuernotverordnung nur bis 31. März 1926 vorgesehen ist, rechtzeitig andere Einnahmen für die Wohnungskreditanstalt geschaffen werden. Wir schlagen in dieser Hinsicht dringend die Erhebung einer Wohnungsabgabe, die auf der Einkommensteuer aufgebaut ist, vor. Eine solche würde in umfassender Weise alle in Betracht kommenden Volksgenossen, ob ledig oder verheiratet, ob mit oder ohne eigene Wohnung, zur Zahlung heranziehen; auch würde sie die Leistungsfähigkeit der Abgabepflichtigen am besten berücksichtigen. 4. Daß die Möglichkeit, auf dem Wege der Selbsthilfe Baukapital zu beschaffen, erneut geprüft wird. Wir haben schon früher auf das lebhafteste den Vorschlag des Heimstättenausschusses sämtlicher Spitzengewerkschaften Württembergs unterstützt, von den unter die Sozialversicherung fallenden Personenkreisen und deren Arbeitgebern zu gleichen Teilen neben den ordentlichen Beiträgen einen besonderen Beitrag (bei der Invalidenversicherung wöchentlich 20 Pfg., bei der Angestelltenversicherung monatlich 1 Mk.) zu erheben, der ausschließlich zur Förderung des Wohnungsbaus zu verwenden wäre. Wir sind überzeugt, daß dieser Vorschlag auch heute noch ein Weg ist, auf dem rasch in sehr einfacher Weise und ohne nennenswerten Verwaltungsaufwand erhebliche Gelder für den Wohnungsbau für die Versicherten verfügbar gemacht werden könnten. 5. Daß von der Wohnungskreditanstalt Darlehen für den Wohnungsbau in solcher Höhe gewährt werden und der Zinsfuß für dieselben in solchen Grenzen gehalten wird, daß der Wohnungsaufwand in den Neubauten nicht viel über denjenigen in den alten Wohnungen hinausgeht. Die systematische Beschaffung ausreichender Mittel für den Wohnungsbau für die nächsten Jahre ist mit das dringendste Gebot der Stunde. Wenn nicht alle Kreise unseres Volkes in dieser Hinsicht gerne Opfer bringen, ist an eine Behebung der Wohnungsnot und an eine Aufhebung der Zwangswirtschaft für lange Zeit nicht zu denken."

Baden.

Karlsruhe, 24. Sept. In Karlsruhe wurden mehrere Bettler festgenommen; einer von ihnen hatte 1000 Rentenmark, ein anderer 630 Rentenmark im Besitze, die sie nach ihren Angaben durch Betteln zusammengebracht hatten. — Nachdem vor einiger Zeit im Stadtgarten in Karlsruhe ein Bär das Freie gesucht und wohlgemut in den Anlagen herumspaziert war, bis ihn das Schicksal wieder in die Grube trieb, ist am Sonntag gegen Abend der größere der beiden Schimpansen in einem unbewachten Augenblick dem Wärter entwischt und hat sich in den hohen Eichen häuslich eingerichtet. Gütliches Zureden war umsonst und in der Not holte man die Feuerwehr, die mit Motorspritze und großer Leiter zu Werke ging. Nachts ließ man den Ausreißer in Ruhe, der sich auf dem Gipfel des Baumes ein Nest zurecht gemacht hatte, um am anderen Morgen die Verfolgung wieder aufzunehmen. Erst mittags 2 Uhr fand die Jagd, die sich natürlich unter dem Gaudium zahlreicher Neugierliger abwickelte, ein Ende; der Affe hielt den kalten Wasserstrahlen nicht mehr stand und ergab sich völlig erschöpft. Man packte das zitternde und frierende Tier in Decken und es darf erwartet werden, daß ihm der Ausflug ins Freie gesundheitlich keinen Schaden bringt.

Durlach, 23. Sept. Eine Tat unglaublicher Roheit ereignete sich am Sonntag abend auf der Station Durlach im ersten Vorzug des 6 Uhr 31 Min. abgehenden Personenzuges. In den schon in Karlsruhe überfüllten Zug drängte sich in Durlach in ein besonders überfülltes Abteil noch ein Mann herein. Durch den Druck bekamen die im Abteil stehenden Personen das Uebergewicht und der der Tür am nächsten Stehende griff unwillkürlich nach dem Türrahmen (Angelseite), um nicht umzufallen. Gleich darauf wurde die Tür zugeschlagen, die Finger waren eingeklemmt. Den bedauernswerten Menschen durch Oeffnen der Tür von innen zu befreien, war unmöglich; die Tür ging nicht auf, so sehr sich die im Abteil sitzenden Fahrgäste auch darum bemühten. Deshalb rief der der Tür am nächsten sitzende Fahrgast dem unmittelbar vor der Tür auf dem Bahnsteig stehenden Schaffner zu, er solle doch die Tür aufmachen: „Schaffner machen Sie die Tür auf, ein Mann hat seine Finger eingeklemmt." Er rief es zwei-, er rief es drei-, er rief es zehnmal und noch mehr, der Schaffner rührte sich nicht. Der unglückliche Fahrgast selbst schrie: „O, Schaffner, machen Sie doch auf, meine Hand steckt drin". Der Schaffner grinste dem Bedauernswerten ins Gesicht und rührte sich nicht. Da riß dem Fahrgast, der sich besonders um das Oeffnen der Tür bemühte, die Geduld. Er rief: „Sie gottverlassenes Kindvieh, machen Sie doch endlich die Tür auf". Das hörte er, das wirkte, und er sprang mit einem Satz unter die im selben Augenblick sich öffnende Tür, aber nicht um den verletzten Fahrgast zu befreien, sondern um sich für den Zuruf Genugtuung auf seine Weise zu verschaffen. Er schlug nach dem Fahrgast, drohte seine Laterne nach ihm zu werfen und stauchte schließlich, indem er auf dem Trittbrett stand, und sich am Handgriff außen festhielt, mit seinen schweren Stiefeln nach dem Bein des Fahrgastes, das er erheblich verletzte. Der eingeklemmte Fahrgast war ihm bis nach Pforzheim absolut gleichgültig. Welch rabiater Mensch der Schaffner sein muß, geht noch daraus hervor, daß er noch auf weiteren zwei Stationen jeweils vor das Abteil kam und in der gemeinsten Weise den Fahrgast beschimpfte und bedrohte. Daß es ihm bei der Sache nicht ganz wohl war, geht aus der Bemerkung hervor, falls der Vorfall durch den Fahrgast gemeldet werden würde, wolle er Anzeige wegen Beamtenbeleidigung erstatten. — Der Schaffner wird wohl kaum der verdienten Strafe entgehen.

Konstanz, 23. Sept. Mit Strafbefehl des Amtsgerichts Konstanz wurde der vielfach, sogar mit mehrjährigem Zuchthaus vorbestrafte verheiratete Meyger Josef Bucher aus Bermatingen, wohnhaft in Freudental, wegen Körperverletzung und Bedrohung zu 4 Wochen Gefängnis, wegen unerlaubten Waffenbesitz mit 10 Mark und wegen Forstdiebstahls mit 22 Mark bestraft. Gegen diese Strafverfügungen erhob der Angeklagte Einspruch, weil er freigesprochen sein wollte. Dies weniger wegen der Höhe der Strafe, sondern wohl hauptsächlich deshalb, weil er noch 3 Monate Gefängnis, die ihm seinerzeit unbegreiflicherweise auf Wohlverhalten gestundet wurden, in Aussicht hatte. Die Verhandlung, in deren Verlauf ein düsteres Bild entwickelt wurde, wie so ein gemeingefährlicher Mensch eine ganze Gemeinde drangsalieren, schädigen und ängstigen kann, endigte mit der Verurteilung des Bucher zu 5 Monaten 14 Tagen Gefängnis und 22 Mark Geldstrafe. Die Bewährungsfrist über die früher erhaltenen 3 Monate wurde aufgehoben und der Angeklagte sofort in Strafhaft genommen. Bucher nahm das Urteil mit zynischem Gleichmut auf und verabschiedete sich mit den Worten: „Ich danke Ihnen, Herr Amtsrichter, jetzt muß doch die Gemeinde meine Kinder verhalten." Der Gemeinde Freudental wird das aber weniger Sorge bereiten, als wenn Bucher wieder nach Hause gekommen wäre. In einem Schreiben an die Staatsanwaltschaft bittet der gesamte Gemeinderat von Freudental inbrünstig, den gefährlichen Menschen der nichts arbeitet, nur vom Diebstahl lebt, seine Kinder zum Stehlen anhält und die anderen Bürger mißhandelt und bedroht, endlich einmal ins Gefängnis zu sperren.

Vermischtes.

Grußpflicht für Offiziere der alten Armee gegenüber Reichswehroffizieren. Die Frage, ob zwischen den Offizieren der alten Armee und denen der Reichswehr eine Grußpflicht besteht, hat vor kurzem das Strafgericht München bejaht. Den Anlaß zu dieser gerichtlichen Feststellung gab die von General von Lossow als Vorgesetzten gegen einen Hauptmann a. D. von R. erhobene Klage, daß dieser aus der Münchener Stimmung nach dem 9. November 1923 heraus grüßenden Reichswehroffizieren den Gegengruß versagt hatte mit der Begründung, Mannschaften der Reichswehr danke er, Reichswehroffizieren nur, wenn er sie kenne. Hauptmann von R. wurde zu 150 Mark Geldstrafe

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

eventuell 15 Tagen Haft verurteilt. Gegen dieses Urteil legte er Revision ein, jedoch das oberste Landesgericht hat den Standpunkt des Vorderrichters gebilligt und die Revision kostenfällig verworfen.

Eine kommunistische Bluttat. Eine schwere Bluttat ist, wie erst heute bekannt wurde, in der Nacht vom Sonntag bei Brandverbisdorf bei Freiberg i. S. verübt worden. Drei junge Leute aus Brandverbisdorf befanden sich auf dem Nachhauseweg von einer Tanzveranstaltung. Sie wurden von etwa 20 bis 30 jungen Kommunisten, die ihnen nachgestellt hatten, überfallen und schwer mißhandelt. Im Verlauf der Schlägerei zog der Kommunist Engel den Dolch und brachte dem Glasmacher Maruschcr eine sehr schwere Verletzung in den Unterleib bei. Die Kommunisten gaben ihrer Freude über die Tat durch Geschrei und Gejohle Ausdruck.

Ein rücksichtsloser Kraftwagenführer hat in Berlin schweren Schaden angerichtet. Er kam vom Grunewald mit unbeleuchtetem Wagen den Hohenzollerndamm heruntergefahren und fuhr an einer Straßenbahnhaltestelle mitten in die aussteigenden Personen hinein. Dabei wurde ein junges Mädchen getötet. Der Chauffeur kümmerte sich nicht um das Unheil, das er angerichtet hatte, sondern raste weiter. In Wilmersdorf wollten Schutzpolizisten, die von dem Unfall am Hohenzollerndamm noch nichts wußten, den Wagen anhalten, weil er unbeleuchtet fuhr. Der Chauffeur versuchte um die Ecke zu biegen, fuhr aber dann gegen einen Baum, so daß auch die drei Insassen des Wagens schwer verletzt wurden. Der Chauffeur ist verhaftet worden.

Einen eigenartigen Selbstmord beging ein Einwohner in Plauen, indem er in Anwesenheit seiner Angehörigen in seiner Wohnung in einen vorher ausgeräumten Wäschekofer stieg, den Deckel hinter sich zuschlug und dann den Erstickungstod fand. Vor Ausführung der Tat hatte er die Tür der Wohnung von innen verriegelt.

Der Amerika-Zeppelin in französischem Licht. Der Pariser „Quotidien" hat einen seiner Mitarbeiter nach Friedrichshafen geschickt, um den Amerika-Zeppelin für die französischen Leser zu schildern. Der französische Journalist nennt das Werk der deutschen Ingenieure „eine der größten Schöpfungen der modernen Wissenschaft".

Es lebe die Nacktheit. In den Hauptstraßen von Moskau sieht man immer häufiger Scharen von jungen Leuten und Mädchen, die sportlichen Jugendabteilungen angehören, und deren einzige Bekleidung aus einem Hemdchen besteht, das an der Schulter mit einem Band befestigt ist. Auf diesem Band steht in großer Schrift: „Nieder mit dem Schamgefühl!" Die empörte Bevölkerung hinderte die jungen halbbekleideten Leute mit Gewalt daran, die Straßenbahn zu besteigen. Wiederholt mußten sie auch Schutz suchen, um sich dem Zorn der Frauen zu entziehen. Gleichwohl haben die Sowjets die Absicht, die Kleider in den Schulen abzuschaffen.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 24. Sept. Auf der am letzten Sonntag hier abgehaltenen Generalversammlung des Verbands der Staatsbeamten des unteren Dienstes wurde eine Entschließung angenommen, die von der Staatsregierung und dem Landtag sofortige Schritte bei der Reichsregierung zur Behebung der trostlosen Notlage verlangt, in der sich die unteren Besoldungsgruppen befinden.

Dortmund, 24. Sept. Auf der Zeche Glückauf-Tiefbau, Schacht Tiefbert bei Barop ereignete sich ein schweres Unglück. Mehrere Bergleute benutzten zur Fahrt zur Arbeitsstelle verbotswidrig den zur Kohlenförderung dienenden Förderkorb, auf dessen Dach sie sich stellten. Während der Fahrt stürzte aus der Schachtzimmerung ein schwerer Balken auf die Bergleute herab. Dabei wurden zwei Bergleute getötet und zwei verletzt.

Langendreer, 24. Septbr. Verschiedene Einbrecher wurden bei einem Einbruch in die Konsumanstalt Wolfahrt durch die Polizei überrascht. Die Einbrecher setzten sich zur Wehr und es entspann sich ein Feuergefecht, wobei ein Einbrecher, ein Arbeiter aus Heven bei Witten, getötet wurde. Ein zweiter Arbeiter aus Witten wurde schwer verletzt.

Leipzig, 24. Sept. Vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hatten sich der Bankangestellte Otto Mayer und der Schreiner Karl Calesse, beide aus Karlsruhe, zu verantworten. Die Anklage legt Mayer zur Last, Zersetzungsarbeit in der Polizei getan zu haben und in diesem Zusammenhang an alle Polizeibeamten im Karlsruher Bezirk kommunistische Flugblätter durch die Post versandt zu haben. In den Flugschriften wurden die Polizeibeamten zur Gehorsamsverweigerung aufgefordert. Der Angeklagte bestritt die Absendung der Flugblätter und will lediglich seinem bis jetzt flüchtigen Freund Gräf im Büro des allgemeinen Verbands der deutschen Bankangestellten Gelegenheit zum Schreiben von Adressen verschafft haben. Calesse seinerseits wird beschuldigt, Gräf zur Flucht verholfen zu haben. Beide Angeklagte bestreiten jede Schuld. Der Gerichtshof erachtete aber für erwiesen, daß Mayer mit Gräf die Flugblätter abgesandt hat und hielt dies für einen besonders staatsgefährlichen Akt. Mayer wurde deshalb wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik zu 4 Jahren Gefängnis und 400 Mark Geldstrafe verurteilt. 8 Monate und die Geldstrafe gelten als durch die Untersuchungshaft für verbüßt. Der Angeklagte Calesse wurde mangels Beweises freigesprochen.

Berlin, 24. Sept. Der Unterausschuß des Aufwertungsausschusses des Reichstages trat heute vormittag zu einer Sitzung zusammen. Die Beratungen sind zwar noch nicht abgeschlossen, doch kam es bisher schon als einmütige Ansicht aller Parteien zum Ausdruck, daß der Spekulation jeder Boden entzogen werden müsse und daß für eine eventuelle Aufwertung lediglich der nachweisbar „alte Besitz in Frage kommen würde. In der heutigen Nachmittagssitzung ließ die Reichsregierung, wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, ihren Standpunkt dahin erklären, daß eine Aufwertung oder auch nur eine geringe Verzinsung im jetzigen Zeitpunkt vollkommen unmöglich sei. Der Beweis für die Unmöglichkeit wurde, wie verlautet, an Hand der kommenden Etatszahlen gegeben.

Berlin, 25. Sept. Die Verhandlungen des Aufwertungsunterausschusses sind gestern Abend, ohne daß es zu einem Beschluß gekommen war, auf heute vormittag vertagt worden. Zu den Ausführungen des Reichsfinanzministers in den Ausschußverhandlungen erfahren die Blätter, daß der Minister einen Plan entwickelte über die Art und Weise wie den nachweisbar bedürftigen Besitzenden von Kriegsanleihe auf sozialem Wege geholfen werden könne. Auf die Besitzer anderer Reichsanleihen beziehe sich der Plan nicht.

Berlin, 24. Sept. Nach einer Meldung der „B.-Z. wurde in einem Hause in der Willibald-Alexisstraße im Südosten Berlins der Schlächtermeister Bornschein und ein noch unbekanntes junges Mädchen tot in der Wohnung Bornscheins aufgefunden. Wie der Augenschein ergab, hat Bornschein zunächst das Mädchen durch einen Schnitt in die Kehle getötet und dann den Gashahnen geöffnet, um sein Leben zu beenden.

Berlin, 25. Sept. Beim Hauptzollamt in Neukölln ist ein großer Betrug, durch den das Reich um etwa 3½ Millionen Goldmark geschädigt worden ist, aufgedeckt worden. Der Inhaber einer chemischen Fabrik in Neukölln, der 29 Jahre alte Dr. Franz Kopp, hatte zwei Beamte des Hauptzollamtes bewogen, ihm Jahre hindurch statt vergällten Branntwein, unvergällten zu liefern. Dr. Kopp ist flüchtig. Ein Oberzollinspektor wurde bereits verhaftet.

Berlin, 25. Sept. Wie die Blätter hören, werden die Vertreter der Länder erst zusammenberufen werden, wenn die Antworten der Mächte auf das deutsche Memorandum über die Frage des Beitritts Deutschlands zum Völkerbunde eingelaufen sind. Auch dürfte die Besprechung des Kanzlers mit den Parteiführern vorläufig nicht stattfinden. — Der Vorstand der Deutschen Volkspartei trat heute nachmittag im Reichstage zu einer Sitzung zusammen. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, beschäftigte er sich mit der Frage der Regierungserweiterung. — Der evangelische Landeskirchenausschuß in Preußen beschloß, den Blättern zufolge, die Verfassung der evangelischen Kirchen der altpreußischen Union nunmehr zum 1. Oktober in Kraft treten zu lassen. — Der Fraktionsvorsitzende der Nationalsozialistischen Freiheitspartei, von Gräfe, Mitglied des Reichstags, hat sich nach blutigen Schlägereien mit Kommunisten in einer Versammlung in Friedland in Böhmen freiwillig in Schutzhaft begeben, ebenso der in seiner Begleitung befindliche Reichstagsabgeordnete Schlephacke.

Schneidemühl, 24. Sept. Ein gestern in einer Scheune im Dorfe Dölzig (Kreis Schlochau) ausgebrochenes Feuer griff infolge des Sturmes so schnell um sich, daß 40 Gehöfte mit 80 Gebäuden niederbrannten. Zahlreiches Vieh verbrannte und die gesamte Ernte in den Scheunen wurde vernichtet. Das Dorf ist zu drei Vierteln eingeäschert. 200 Personen sind obdachlos.

Hamburg, 24. Septbr. Sowohl bei der bevorstehenden großen Probefahrt, als auch bei der Ueberführungsfahrt nach Amerika wird eine Wetterberatung des Zeppelinluftschiffes durch die deutsche Seewarte durchgeführt werden. Diese wird dem Luftschiff viermal täglich funkentelegraphische Wettermeldungen über die Hauptstation Cloese übermitteln. Das Luftschiff seinerseits gibt der Seewarte viermal am Tage seinen Standort und seine Wetterbeobachtungen über die Funkenstation Norddeich an.

Flensburg, 24. Sept. Der deutsche Dampfer „Theresia" aus Flensburg mit 20 Personen an Bord ist in der Nordsee untergegangen. In den letzten Tagen sind an der jütischen Westküste sechs Leichen angetrieben worden. Man glaubt die Leichen des Kapitäns des deutschen Dampfers „Theresia" und seiner Frau erkannt zu haben. Die „Theresia" ist als vermißt gemeldet. Zu dem Untergang des deutschen Dampfers „Theresia" aus Flensburg erfährt die B.-Z. aus Kopenhagen, daß die Leichen des Kapitäns, seiner Frau und zweier Matrosen bei Sönderolg an Land getrieben wurden.

Breslau, 24. Sept. Nach einer Meldung der Breslauer Neuesten Nachrichten aus Landeshut überschlug sich ein mit vier Kaufleuten aus Landeshut besetztes Auto auf der Rückfahrt von Grenzbauden in der Nähe von Schreibendorf. Man fand die Insassen nach zwei Stunden. Drei von ihnen hatten weniger schwere Verletzungen erlitten, während der Geschäftsführer des Kreislandbundes, Kuhnert, einen Schädelbruch davongetragen hatte, der seinen Tod herbeiführte.

Königshütte, 24. Sept. Auf dem Bremswerk der Königshütte koppelten sich gestern nachmittag mehrere Wagen los und sausten mit voller Geschwindigkeit davon. Von den erfaßten Förderleuten wurde ein Mann getötet und ein anderer schwer verletzt.

Warschau, 24. Sept. Die Warschauer Polizei ist einer großen Militärbefreiungsorganisation auf die Spur gekommen. Die Führer dieser Gesellschaft sind der 70jährige Multimillionär Fuchs und sein Sohn. 70 Personen wurden verhaftet. Im ganzen sollen etwa 400 Personen vom Militärdienst befreit worden sein. In die Angelegenheit sind auch Persönlichkeiten des höheren Sanitätsdienstes verwickelt, darunter der Oberst Japlanowski.

Luninez (Wolhynien), 25. Sept. Gestern nachmittag zwischen 1 und 2 Uhr wurde auf der Eisenbahnlinie Prochonsk-Ludza auf den Zug, in dem sich der Wojwode Downarowicz, der Bischof Lofinski, der Bezirkskommandant der Polizei, Mianssowicz, und der Senator Pyslouch befanden, ein Anschlag verübt. Durch die Explosion einer Bombe im letzten Wagen wurde der Zug zum Stehen gebracht und die Räuber sahen sich einer 40köpfigen Räuberbande gegenüber, die mit Handgranaten und Karabinern ausgerüstet war. Sämtliche Reisende wurden beraubt, erhielten aber über das geraubte Gut eine Quittung ausgestellt. Einer der Reisenden, der sich zur Wehr setzte, wurde getötet. Starke Polizeikräfte sind zur Verfolgung der Bande ausgeschickt.

Genf, 24. Sept. In verschiedenen Kreisen der Völkerbundsversammlung wird Stimmung dafür gemacht, die Abrüstungskonferenz, nicht wie im Protokoll vorgesehen, für den 25. Juni 1925, sondern erst für den nächsten Herbst nach Genf einzuberufen. Begründet wird dieser Wunsch damit, daß am 15. Juni die internationale Arbeitskonferenz in Genf tagt und daß ein Nebeneinander zweier großer Konferenzen zu materiellen Schwierigkeiten führen könnte.

Paris, 25. Sept. Den Pariser Abendblättern zufolge haben die Lebensmittelpreise in den Pariser Markthallen gestern vormittag eine neue Steigerung erfahren.

London, 24. Sept. Reuter erfährt aus Schanghai, daß die neuesten Meldungen die Nachricht bestätigen, wonach alle Großmächte beschlossen haben, in China nicht zu intervenieren.

Kairo, 24. Sept. Zusammenhängend mit den letzten Unruhen verurteilte das Schwurgericht in Port Sudan einen sudanesischen Regierungsbeamten zu 6 Jahren Gefängnis und mehrere andere Leute zu 6 Monaten Gefängis.

Vom Staatshaushaltsplan 1924.

Stuttgart, 24. Sept. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Nachdem die Beratungen des Staatsministeriums über den Entwurf des Staatshaushaltsplans für 1924 heute zum Abschluß gekommen sind, geht der Entwurf dem Landtag zu. Dort soll er nach Vereinbarung im Aeltestenausschuß alsbald dem Finanzausschuß überwiesen werden. Diesem ist es überlassen, ob er sofort oder erst nach Zusammentritt des Landtags, der auf Dienstag, den 21. Oktober, in Aussicht genommen ist, mit seinen Beratungen beginnen will. Bei der Kürze der Zeit, der Schwierigkeit der Finanzlage und der Notwendigkeit, den Haushaltsplan so rasch als möglich dem Landtag vorzulegen, ist es der Regierung nicht möglich gewesen, die von ihr als berechtigt anerkannten Aenderungen der Besoldungsordnung zur Beseitigung der in Württemberg noch bestehenden Ungleichheiten und Härten sofort wieder aufzunehmen und einen solchen Entwurf spätestens zugleich mit dem Entwurf des Staatshaushaltsgesetzes für 1925 so rechtzeitig beim Landtag einzubringen, daß die Verabschiedung dieser beiden Entwürfe vor 1. April 1925 erfolgen kann. Das Inkrafttreten und die haushaltsrechtliche Auswirkung der Aenderungen der Besoldungsordnung sollen mit Wirkung von diesem Zeitpunkt an erfolgen. Um die Geschäfte des Landtags und der Verwaltung zu vereinfachen und die Beschlußfassung des Landtags vor 1. April 1925 sicherzustellen, soll der Haushaltsplan für 1925 nicht als völlig neuer Plan, sondern, wie in früheren Fällen, in abgekürzter Form unter Zugrundelegung des Plans für 1924 vorgelegt werden.

Ein politischer Vorstoß.

Stuttgart, 24. Sept. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat sich in einer am 23. September abgehaltenen Sitzung mit der politischen und wirtschaftlichen Lage im Lande befaßt. Die „Schwäbische Tagwacht" veröffentlicht eine scharfe Kritik an der Regierung, die durch die Worte gekennzeichnet wird: Ausschaltung des Landtags, Parteiische Bürokratenherrschaft, Stockung der notwendigen Reformen, Preiswucher auf allen Gebieten. Nach dem Blatte herrschte bei der Aussprache Uebereinstimmung darüber, daß der Mißmut über das völlige Versagen der neuen Regierung in der Bevölkerung des Landes immer weiter um sich greife und daß die Zusammensetzung des neuen Landtags schon heute dem Willen des württ. Volkes nicht mehr entspreche. Die Fraktion beschloß, durch ein Schreiben an den Landtagspräsidenten die sofortige Einberufung des Landtags zu verlangen, damit die Stimmungen und Wünsche des Volkes durch die Volksvertretung zum Ausdruck gebracht, die Versäumnisse und Fehlgriffe der Regierung kritisch besprochen und die zur Wiederherstellung geordneter Staatszustände notwendigen Maßnahmen von den Beauftragten des Volkes gefordert werden können. — Gleichzeitig hat der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Karl Schumacher eine Kleine Anfrage eingebracht, worin um Angabe der Gründe gebeten wird, die zu der parteiischen und schikanösen Behandlung der Friedenskundgebung der Vereinigten Gewerkschaften im Freilichttheater geführt haben und worin verlangt wird, daß künftig auch links gerichteten Organisationen gegenüber ein derartiges Verhalten unterbleibt. Eine weitere Kleine Anfrage des sog. Abgeordneten Oster verlangt von der Regierung die Verhinderung von Uebungen gesetzlich verbotener Verbände, wie sie am 6. September in der Gegend von Simmersfeld OA. Calw und am 13. September in der Gegend von Neuweiler unter dem Schutz von Landjägern und Schupobeamten vorgenommen worden seien.

Mißbrauch der Staatsgewalt.

Stuttgart, 24. Sept. Unter der Bezeichnung „Mißbrauch der Staatsgewalt" bringt die Schwäb. Tagwacht vom 20. September eine grobe Kritik des Verhaltens des Ministeriums des Innern anläßlich der am 21. September abgehaltenen Antikriegskundgebung. Der Tatbestand ist folgender: Das Polizeipräsidium Stuttgart hatte geglaubt, eine öffentliche Versammlung im Freilichttheater als nicht unter das Verbot von Versammlungen „unter freiem Himmel" fallend betrachten zu sollen und hatte demgemäß die für 21. September geplante Veranstaltung des Gewerkschaftsbundes im Freilichttheater nicht beanstandet. Das Ministerium, dem dies erst am 19. September nachmittags bekannt geworden war, konnte sich diesem Standpunkt nicht anschließen. Es war dem Ministerium dabei nicht um eine Unterbindung oder Erschwerung dieser Kundgebung, sondern darum zu tun, für etwaige spätere Fälle seinen Standpunkt zu wahren. Das Ministerium hatte daher in seinem der Leitung des Gewerkschaftsbundes zugestellten Erlaß vom 20. September sich dahin entschieden, daß es zwar den Standpunkt des Polizeipräsidiums nicht teile, daß es aber mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit und die Schwierigkeit der Umstellung für den vorliegenden Fall nichts dagegen einzuwenden habe, wenn die Veranstaltung diesesmal noch im Freilichttheater abgehalten werde. Hätte Gewerkschaftssekretär Albrecht, wie er dies beim Polizeipräsidium zusicherte, beim Ministerium vorgesprochen, so würde er dies rechtzeitig erfahren haben. Daß übrigens auch das preußische Ministerium des Innern eine Genehmigung der in Frage stehenden Veranstaltungen unter freiem Himmel nicht erteilt hat, sei beiläufig erwähnt.

Zur Kriegsschuldfrage.

Stuttgart, 24. Sept. Die Tagung des Weltbunds für Freundschaftsarbeit der Kirchen hat nach eindrucksvollen Vorträgen des Reichsgerichtspräsidenten Simons und des Staatspräsidenten a. D. Dr. von Hieber zur Kriegsschuldfrage einmütig eine Entschließung angenommen, worin es u. a. heißt: Die Kriegsschuldfrage kann nicht durch ein Diktat politisch interessierter Mächtegruppen beantwortet werden. Die christlichen Kirchen aller Völker haben ein Interesse an der Lösung dieser Frage, weil es sich um eine moralische und religiöse Angelegenheit von weltgeschichtlichem Ausmaß handelt. Die christlichen Kirchen Deutschlands sind der einmütigen Ueberzeugung, daß die Beantwortung der Schuldfrage durch das Diktat unrichtig ist und stehen unter dem schmerzlichen Eindruck, daß dadurch die seelische Atmosphäre der Menschheit vergiftet, das freundschaftliche Zusammenarbeiten der Völker behindert und durch die moralische Aechtung eines großen Volkes auch die Einheitsbewegung der christlichen Kirchen gelähmt wird. Die Versammlung richtet daher an die befreundeten Zweige des Weltbundes die dringende Bitte, in ihren Ländern dafür einzutreten, daß eine internationale Prüfung der Kriegsschuldfrage nach rückhaltloser Oeffnung aller Archive mit Wahrheitsernst aufgenommen und durchgeführt werde.

Zu der Deutschlandfahrt des Zeppelin

verlautet von unterrichteter Seite: Die Leitung der Zeppelinwerft hat Mittwoch abend beschlossen, am Donnerstag die geplante Fahrt nach Norddeutschland auszuführen, wenn die Wetterlage so bleibt, wie sie Mittwoch abend war. Die Route wird folgende sein: Um 7 Uhr Aufstieg, dann eine Stunde Fahrt über dem Bodensee. Das Luftschiff wird sich darauf nordwärts wenden. Es wird nach Pforzheim oder Karlsruhe fahren, dann nach Mannheim oder Heidelberg, weiter nach Frankfurt am Main, Marburg an der Lahn, Kassel, Hannover, Hamburg; vielleicht wird es dazwischen auch Bremen überfliegen und sich bis Kiel und Flensburg wenden. Ob sich das Luftschiff während der Nacht über See aufhalten wird, hängt von der Witterung ab. Vorgesehen ist ein Aufenthalt über der Ostsee. Am Freitag früh wird das Luftschiff über Stettin wieder südlich ins Land hineinfliegen, nach Berlin, Leipzig, Nürnberg, Ulm und dann dem Bodensee zu. Nach dem besetzten Gebiet fährt das Luftschiff nicht, auch nicht nach Königsberg oder Breslau. Wenn die Fahrt günstig verläuft, soll die Fahrt über den Atlantischen Ozean etwa 10—14 Tage nach der großen Probefahrt stattfinden.

Die Bedeutung des deutschen Memorandums.

Berlin, 24. Sept. Das Auswärtige Amt hofft, sein Memorandum in Sachen des Völkerbundes am Donnerstag fertigstellen zu können, so daß es noch in dieser Woche überreicht werde könnte. Obwohl nun die Entscheidung der Gegenseite zugeschoben ist und infolgedessen auf deutscher Seite Ruhe eintreten könnte, setzten übereifrige Taktiker ihr Treiben fort, wobei sie auch vor Umfälschung der Tatsachen nicht zurückschrecken, obwohl doch das Echo des deutschen Beschlusses von Paris her sie einigermaßen stutzig machen könnte. Es zeigt sich, daß den Franzosen die Entscheidung des Kabinetts sehr unbequem ist. Sie sehen, daß sie jetzt gezwungen werden können, ihre Karten aufzudecken. Der bedingungslose Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wäre ihnen vielleicht nicht einmal unbequem gewesen. Dann hätten sie uns in aller Ruhe das Lasso über den Kopf werfen können. Jetzt aber werden sie in eine Lage hineinmanövriert, wo sie unter Umständen offen sagen müßten, daß sie Deutschlands als gleichberechtigten Kontrahenten im Völkerbund nicht haben wollen. Die „Vossische Zeitung" gibt ihr Spiel trotzdem noch nicht verloren. Sie verleugnet die Tatsache eines Memorandums und spricht nur von Instruktionen, die unseren auswärtigen Vertretern zugehen, um damit dem deutschen Schritt seine eigentliche Bedeutung zu nehmen. Trotzdem wird das Auswärtige Amt das Memorandum überreichen lassen und den deutschen Standpunkt so klar formulieren, daß ein Ausweichen für die Gegenseite nicht mehr gut möglich ist. Die zehn im Völkerbundsrat vertretenen Staaten werden, soweit sie neutral sind und den Eintritt Deutschlands wünschen, keinen Grund haben, einer bündigen Antwort aus

Geburtstags- Namenstags- Künstler- Postkarten
in schöner Auswahl in der
C. Meehschen Buchhandlung, Neuenbürg.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

dem Weg zu gehen. Aber gerade bei Frankreich müssen wir wissen, woran wir sind, und deshalb ist das deutsche Memorandum in erster Linie für Paris bestimmt. Es ist nicht ganz ausgeschlossen, daß in demselben Zusammenhang auch die Kriegsschuldlüge ihre diplomatische Erledigung findet. Ob das aber jetzt bereits oder bei späterer Gelegenheit geschieht, ist noch nicht unbedingt sicher.

Ueber das Memorandum selbst verlautet, daß es in zwei Teile zerfällt. Einige Punkte sind als unerläßlich für Deutschlands Eintritt bezeichnet, andere werden mehr in Wunschform vorgebracht. Zu den unerläßlichen Voraussetzungen dürfte besonders die Frage des Schuldbekenntnisses gehören. Die nochmalige Anerkennung des Schuldparagraphen wird abgelehnt. Die Frage einer früheren Ruhrräumung dürfte, wenn auch nicht in Form einer unbedingten Voraussetzung für den Eintritt, in dem Memorandum erwähnt werden.

Die Kontroverse, die sich an das angebliche Gespräch Lord Parmoors mit Dr. Stresemann über die Völkerbundsfrage angeknüpft hat, ist, wie von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, jetzt als erledigt anzusehen. Lord Parmoor hat neuerdings dem Außenminister bestätigt, daß in Hanley über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sowohl mit Dr. Stresemann, als dem deutschen Botschafter Sthamer, nicht gesprochen worden sei.

Forderung auf Vernichtung etwaiger Rekrutierungslisten.

Berlin, 24. Sept. Auf Grund des Artikels 178 des Versailler Vertrags hat die interalliierte Militärkommission die Vernichtung aller bei den Zivilbehörden vorhandenen Urkunden, Listen, Stammrollen und so weiter verlangt, die gegebenenfalls die Rekrutierung und überhaupt die Mobilisierungsmaßnahmen erleichtern könnten. Der preußische Innenminister hat daraufhin bereits eine entsprechende Verfügung erlassen. Von der Vernichtung sind eine Reihe von Akten ausgeschlossen, die für die Prüfung etwaiger Wiedereinbürgerungsanträge benötigt werden könnten oder aus denen sich Rechte für den Fiskus ergeben, oder solche Akten, die für die Uebungen der Reichswehr und für den Fall ihrer Einsetzung zur Bekämpfung von Unruhen auch weiterhin von Wert sein könnten.

Artikel 178 besagt: „Alle Mobilmachungsmaßnahmen oder solche, die auf eine Mobilmachung hinzielen, sind untersagt. In keinem Falle dürfen bei Truppenteilen, Behörden oder Stäben Stämme für Ergänzungsformationen vorhanden sein.

Noch keine Anleihe für das Ruhrgebiet.

Berlin, 24. Sept. Zu den widersprechenden Meldungen über den Abschluß einer Anleihe für das Ruhrkohlengebiet in Amerika wird mitgeteilt, daß die geplante amerikanische Anleihe des Ruhrkohlensyndikats in Höhe von zehn Millionen Dollar nicht zustande gekommen ist. Augenblicklich schweben neue Kreditverhandlungen des Kohlensyndikats mit amerikanischen Finanzgruppen, die den Abschluß mehrerer kleinerer Anleihen zum Ziele haben. Bisher ist also eine verhältnismäßig kleine Anleihe unter Dach und Fach gebracht worden. Die Pressenachricht, daß die Kreditverhandlungen des Ruhrkohlensyndikats an den Provisionsforderungen einiger Großbanken scheiterten, ist unzutreffend. Die Verhandlungen sind aus anderen Gründen gescheitert. Die Provisionsfrage hätte nicht die geringsten Schwierigkeiten bereitet, zumal der genannte Provisionssatz den allseitig gebilligten Sätzen der Golddiskontbank entsprach.

Eine Aufforderung an Herriot zur Eröffnung der Archive.

Paris, 24. Sept. Die Liga für Menschenrechte, welche bereits Poincare aufgefordert hatte, die französischen Archive zu öffnen, damit die Kriegsschuldfrage geklärt werde und die von Poincare die Antwort erhalten hatte, daß eine solche Oeffnung verfrüht erscheinen müßte, wandte sich heute an Herriot mit der dringenden Aufforderung, die Oeffnung zu vollziehen. Sie sei nicht nur nicht verfrüht, sondern sogar verspätet in den Augen jener, welche gemeinschaftlich um den Frieden unter den Völkern arbeiten wollen. Die ganzen diplomatischen Wahrheiten müßten enthüllt werden, selbst wenn darunter der Stolz oder der Ruhm einzelner Staatsmänner leiden sollte. Herriots Aufgabe sei es, das diplomatische Geheimnis zu brechen.

„Die Verantwortung liegt jetzt auf Paris und Genf".

Genf, 24. Sept. Das „Journal de Geneve" schreibt, der Beschluß der Reichsregierung zur Frage des Beitritts in den Völkerbund, selbst wenn er einer Verständigung für einige Wochen oder Monate gleichkäme, bedeute eine wichtige Etappe in der Entwicklung der deutschen europäischen Politik. Der Sieg, den die Deutschen über sich selbst davongetragen hätten, nachdem sie sich zu diesem Schritt entschlossen, bedeute, daß Deutschland vor allem darauf verzichte, die Revision der Verträge, die es für ungerecht halte, durch die Gewalt zu erlangen, und daß es sein ganzes Vertrauen in die friedliche Evolution setze. Der Entschluß habe die Bedeutung eines Versprechens und sei einer von den Beschlüssen, die die moralische Stellung eines Volkes kräftigen. Von den fünf großen Ländern, Vereinigten Staaten, Deutschland, Rußland, Türkei und Mexiko, die dem Völkerbund noch nicht angehörten, könne nur das Fehlen Deutschlands gewissermaßen dem Völkerbund selbst zur Last gelegt werden. Jetzt, nachdem die Frage offiziell gestellt sei, dürfe man an einer günstigen Lösung nicht mehr zweifeln. Die Verantwortung, die gestern auf Deutschland ruhte, liege jetzt auf Genf und Paris. Die Folgen für die friedliche Entwicklung Europas, die sich aus einer Ablehnung ergeben müßten, die die Deutschen unwiderruflich wieder in die Opposition gegen die europäische Ordnung zurückdrängen müßte, seien derart groß, daß man sie überhaupt nicht ins Auge zu fassen vermöge.

Englische Bergarbeiter-Forderungen auf Kosten der deutschen Kollegen.

„Westminster Gazette" schreibt, die Bergarbeiterführer beabsichtigen, bei ihrer Konferenz mit Macdonald einen Plan zum Schutz der britischen Kohlenindustrie vorzulegen. Sie regten an, daß für die deutschen Bergarbeiter eine kürzere Arbeitszeit eingeführt werden sollte, um die deutsche Kohlenproduktion herabzusetzen und hierdurch der britischen Industrie die Möglichkeit zu geben, von der Herabsetzung der Löhne oder der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abzusehen. Heute werde ein Unterausschuß der Bergarbeiterföderation zusammenkommen, um die Lage, die im Zusammenhang mit der gestrigen Antwort Macdonalds auf das Ersuchen der Föderation entstand, zu erörtern.

Sturmflut in Petersburg.

Eine Sturmflut hat Petersburg unter Wasser gesetzt. Streckenweise steht das Wasser zehn Fuß hoch in den Straßen. Hilfskräfte und Lebensmittel werden in Eile an die Unglücksstätte geschafft. Dringende Hilferufe sind nach Moskau gesandt worden. Polizeitruppen halten die Ordnung erfolgreich aufrecht. Die Sturmflut ist die schlimmste, die Petersburg seit einem Jahrhundert durchgemacht hat. Die Häuser an den Werften sind zerstört. Die Fabriken auf der Wassilewski-Insel sind vollkommen demoliert. Lebensmittel- und Warenhäuser sind überflutet. Die Waren schwimmen umher. Das Pflaster ist aufgerissen. Der elektrische Strom und das Telephon sind in allen Straßen unterbrochen. Ueberall ist der Verkehr unmöglich gemacht. Häufig hört man Schreie um Hilfe, denen man, zumal in der Dunkelheit, nicht nachgehen kann. Das Wasser steigt noch immer. Ein furchtbarer Sturm auf der See, der tagelang wütete, peitschte die Wassermengen in die Newa, die die Uferdämme durchbrach, wodurch sich die Fluten in die Stadt ergossen. Die Einwohnerschaft wurde vollkommen überrascht. Der Platz vor dem Winterpalast ist überschwemmt. Der Newski-Prospekt ist in einen wilden Strom verwandelt. Die Bäume sind entwurzelt und treiben in den schlammigen Fluten zusammen mit Pferdekadavern und den umgestürzten Wagen. Das Rettungswerk, zumal in den Kanälen, gestaltet sich äußerst schwierig. Die Zahl der umgekommenen Menschen läßt sich noch nicht feststellen.

Handel mit Besen, Besenreis und Weihnachtsbäumen.

Die Verfügung des Ernährungsministeriums vom 16. 2. 1921 (vergl. oberamtliche Bekanntmachung im „Enztäler" Nr. 47 von 1921 und Nr. 71 von 1924) ist auf den Oberamtsbezirk **Herrenberg** ausgedehnt worden.

Neuenbürg, den 22. September 1924.

Oberamt:
Amtmann Heckel.

Arnbach.

Grundstücksversteigerung.

Im Auftrag der Erben der **Carl Pfrommer**, Sattlermeisters-Witwe von **Neuenbürg** versteigere ich am

Samstag, den 27. September 1924, nachmittags 4 Uhr,

auf dem **Rathaus** in **Arnbach** folgende Grundstücke:
Parzelle Nr. 1063/1: 5 a 44 qm Baumacker in Vogtäckern,
Parzelle Nr. 1063/3: 5 a 44 qm Baumacker daselbst.

Liebhaber sind eingeladen.

Den 25. September 1924.

Ratschreiber Lenz.

Sänger-Vereinigung „Freundschaft".

Montag, den 6. Oktober 1924, abends 8 Uhr,

ordentliche Monats-Versammlung

im **Gasthaus z. „Grünen Baum"**. Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben.

Vollzähliges und pünktliches Erscheinen sämtlicher Mitglieder wird erwartet.

Der Ausschuß.

Samstag, den 27. September 1924, abends 8 Uhr ab,

gemütliches Beisammensein

im **Gasthaus z. „Bären"**, wozu wir unsere aktiven und passiven Mitglieder nebst Angehörigen höfl. einladen.

D. O.

Staunen muß man

über die **billigen Preise** und **guten Qualitäten** bei dem

Ausverkauf des Manufaktur-Waren- u. Herren-Konfektions-Lager

des Kaufmanns Josef Seubert in Neuenbürg

im **Laden** des Herrn Schuhmachermeisters **Knödler** in der Hinteren Gasse.

Benützen Sie diese äußerst günstige Gelegenheit!

Forstämter Wildbad und Meistern.

Laub-Stammholz-Verkauf

am **Dienstag, den 7. Oktober 1924**, vormittags 9 Uhr, in **Wildbad** im „Goldenen Stern": **1. Forstamt Wildbad:** aus Staatswald Abtlg. Hanneienhütte, Vord. u. Hint. Pöllert, Mittl. Speckenteich, Unt. Bauernteich, Unt. und Mittl. Juftriß, Christoryshof und Unt. Lindengrund: 135 Eichen mit Fm.: 1 I., 10 II., 20 III., 45 IV., 21 V., 1 VI. Klasse; 6 Buchen mit Fm.: 1 IV., 1 V. Klasse; **2. Forstamt Meistern:** Distr. 1 Meistern Abteil. Maßbalkenriß: 1 Eiche I. Klasse mit 2 Fm. Losverzeichnisse vom Forstamt.

Ottenhausen.

Einen Wurf

Milchschweine

verkauft

Gottlieb Lichtenberger.

Maisenbach.

Setze einen erstklassigen, 12 Monate alten

Zucht-Farren

unter jeder Garantie dem Verkauf aus, sowie eine mit dem vierten Kalb 20 Wochen trächtige

Kuh.

Dittus.

Wildbad.

Freiwillige Versteigerung.

Am **Samstag, den 27. September**, kommen im Hause **Bosch**, Bäznerstraße, **von mittags 2 Uhr ab** folgende Gegenstände gegen Barzahlung zum Verkauf:

2 pol. Bettladen m. Rost und Keil, drei Roßhaarmatratzen, 4 gefüllte Haipfel, div. Kästen, Waschkommode, Nachttische, Tische, Stühle, Sofas, Handtuchständer, Spiegel, zwei Petroleumöfen, ein Gasherd, zwei Sparherde und sonstige andere nützliche Gegenstände.

Bemerkt wird noch, daß sich alles noch in gutem Zustande befindet.

Kupfer-

Geschirr für Hotel- und Privatküchen, **Waschkessel, Brennereien**

fertigt nach Angabe in schönster Ausführung bei mäßigen Preisen.

Wilh. Wackenhuth, Calw,
Kupferschmiede, Telefon 142.

Wer verkaufen will, muß inserieren.

Führe nur Qualitäts-Ware!

Neuenbürg.

Achtung!

Teile der hiesigen Bevölkerung, wie auch der Umgebung mit, daß ich ab **heute, den 25. September 1924**, das

Schuhwaren-Lager

von der Firma

Schuhhaus Hertz, Neuenbürg

übernommen habe und werde mich bemühen, Sie mit guter, preiswerter Ware zu bedienen.

Ich bitte, mich besuchen zu wollen, habe wirklich äußerst preiswert eingekauft und gebe die Ware sehr billig ab.

Empfehle mich

Rubin Brosnik,
Alte Pforzheimer-Straße.

Beachten Sie meine Schaufenster!

Papier-Servietten,

mit und ohne Druck, liefert rasch die

C. Meeh'sche Buchdruckerei, Neuenbürg.

Rheinische Creditbank, Niederlassung Herrenalb.

24. September 1924.

	Heutig. Kurs	Vorig. Kurs		Heutig. Kurs	Vorig. Kurs
Goldanleihe . . .	94¾	94¾	Benz Akt.	3,5	3,6
3% Dt. Reichsanl.	1,450	1,524	Buderus Akt. . .	10,3	10,5
4% „ „	1,190	1,970	Charlottenburger Wasser Akt. . .	22,4	22¾
5% „ „	2,175	1,1	Daiml. Mot. Akt.	4	2,8
3½% Württ. Staatsanleihe .	—	—	Goggenau Eisen Akt. . .	6¾	6¾
4% W. Staatsanl.	—	—	Germania Linoleum Akt.	10,5	10
3% Südd. Festwerthank Obl.	—	—	Harp. Bergb. Akt.	60¾	69
5% Badische Kohlenanleihe .	—	9,4	Höchst. Farb. Akt.	14¾	14¾
5% Neckar-Goldanleihe . .	2,65	—	Junghans Akt. .	3¾	8¼
Dtsch. Bank Akt.	11¼	11¼	Köln-Rottw. Akt.	8¾	8,8
Disconto-Command. Ant.	12¾	12¾	Kollmar & Jourdan Akt. . . .	20	18,1
Reichsbank Ant.	48¾	48¾	Körting Gebr. Akt.	6¾	6,5
Rhein. Creditbank Akt. . . .	2,2	2¾	Laurahütte Akt. .	6¾	6,5
Württ. Vereinsbank Akt. . . .	2,6	2¾	Magirus Akt. . .	1,9	1,9
Hapag Akt. . . .	26¾	26,25	Mansfeld Akt. .	4	4
Nordd. Lloyd Akt.	4,9	4,9	R.S.H. Akt. . . .	4,5	4,5
Allg. Lokalb. Akt.	41	40¼	Neckarwerke Akt.	5,9	5¼
Elekt. Hochb. Akt.	48¼	48,5	Ind. Sichel Akt. .	3,8	3,9
A.E.G. Akt. . . .	8,6	8	Salz. Heilbr. Akt.	38	40
Bad. Anilin Akt.	18	18	Stuttg. Zuch. Akt.	3,4	3,4
			Württ. Elekt. Akt.	4,5	4,8
			Zellstoff Waldhof Akt. .	—	9¾

Engelsbrand.

Verkaufe ein ¾ jähriges und ein 1½ jähriges

Rind.

Carl Reichstetter,
Goldschmied.